



Frau
Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

Mag.^a JOHANNA MIKL-LEITNER
HERRENGASSE 7
1010 WIEN
TEL +43-1 53126-2352
FAX +43-1 53126-2191
ministerbüro@bmi.gv.at

GZ: BMI-LR2220/1292-II/2/a/2015

Wien, am 26. Jänner 2016

Der Abgeordnete zum Nationalrat Ing. Lugar, Kolleginnen und Kollegen haben am 10. Dezember 2015 unter der Zahl 7387/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Daten zur Sekundärmigration und illegal aufhältigen Personen in Österreich“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 5:

Entsprechende Statistiken werden nicht geführt.

Zu Frage 2:

Im Zeitraum vom 4. September bis 14. Dezember 2015 sind 619.765 Fremde nach Österreich eingereist, die zum Großteil an den festgelegten Übernahmepunkten von den deutschen Behörden übernommen wurden. Im selben Zeitraum haben die Landespolizeidirektionen 33.760 Asylgesuche gemeldet, die von den zuständigen österreichischen Behörden bearbeitet wurden bzw. werden.

Zu Frage 3:

Im Zeitraum vom 1. Juli 2015 bis 14. Dezember 2015 wurden von den Landespolizeidirektionen 274 Fremde aus Deutschland rückübernommen.

Zu Frage 4:

Meinungen und Einschätzungen sind nicht Gegenstand des parlamentarischen Interpellationsrechtes.

Zu Frage 6:

Soweit die Personen zur Zielgruppe der Grundversorgungsvereinbarung - Art. 15a B-VG zählen, werden sie im Rahmen der Grundversorgung in entsprechenden Quartieren untergebracht.

Zu Frage 7:

Bereits jetzt werden im Rahmen der Grundversorgung bei einer Unterbringung in organisierten Quartieren grundsätzlich nur Sachleistungen erbracht. Zum erwarteten Sachleistungsvolumen können noch keine Angaben gemacht werden.

Zu Frage 8:

Nein. Derartige Joint Operations wurden erstmals 2008 vom Rat der EU initiiert.

Zu Frage 9:

Österreich hat an den Schwerpunktaktionen Hermes 2010, Mitras 2011, Demeter 2011, Balder 2012, Aphrodite 2012, Perkunas 2013 und Mos Maiorum 2014 teilgenommen.

Für den Einsatz wurden die im Bereich der Ausgleichsmaßnahmen tätigen Bediensteten im Rahmen ihres planmäßigen Streifendienstes herangezogen.

Im Rahmen der angeführten Schwerpunktaktionen wurde der Fokus im Besonderen auf Kontrollen im Bereich der Bahn und Straße gerichtet.

Detaillierte Aufzeichnungen hinsichtlich des jeweiligen Personaleinsatzes und der erfolgten Aufgriffe pro Einsatz bestehen nicht und könnten nur mit unverhältnismäßig hohem Verwaltungsaufwand festgestellt werden, weshalb im Sinne der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns davon Abstand genommen wird.

Bei diesen Einsätzen wurden EU-weite Erkenntnisse über bevorzugte Routen gewonnen, die in die strategische Planung für weitere nationale Kontrollmaßnahmen im hochrangigen Straßennetz und im Zugverkehr einfließen.

Zu Frage 10:

In den letzten fünf Jahren wurden im Zuge kriminaltechnischer Untersuchungen ca. 1.600 Reisepässe und ca. 1.800 Personalausweise festgestellt, die entweder ge- oder verfälscht waren bzw. im Zuge des Gebrauchs fremder Ausweise verwendet wurden.

Zu Frage 10 a):

An syrischen Reisepässen und Personalausweisen wurden nach kriminaltechnischer Untersuchung als gefälscht oder verfälscht eingestuft:

	2011	2012	2013	2014	2015
Reisepässe	0	2	7	6	37
Personalausweise	0	0	0	4	11

Zu Frage 10 b):

Die rechtlichen Schritte bei Kenntnis der Verwendung gefälschter Personaldokumente sind im Einzelfall zu prüfen. Grundsätzlich werden kriminalpolizeiliche Ermittlungsmaßnahmen im Sinne der Strafprozessordnung durchzuführen und der zuständigen Staatsanwaltschaft ein Bericht zu übermitteln, sowie fremdenpolizeiliche Maßnahmen zu prüfen sein.

Zu Frage 10 c):

Entsprechende statistische Aufzeichnungen werden nicht geführt. Von einer manuellen, retrospektiven, anfragespezifischen bundesweiten Auswertung aller entsprechenden Aktenvorgänge wird auf Grund des exorbitanten Verwaltungsaufwandes und der damit im Zusammenhang stehenden Ressourcenbindung auch im Hinblick auf die Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns Abstand genommen.

Zu Frage 11:

Bei der inhaltlichen Planung des EU-Ratsvorsitzes 2019 wird diesem wichtigen Anliegen entsprechende Aufmerksamkeit zukommen, eine konkrete inhaltliche Planung hat aber noch nicht begonnen.

Mag.^a Johanna Mikl-Leitner

4 von 4	70864B0XXXGPosAnfragebeurteilung Zss1e3qw/j+YdaLXHfA4bNk9Tj0kUX8wzbngebeurteilung FS6EzSe22ZXD0XP0YQF8cTJHXmPIbHU QGXv19FvfnFCewUJXKve2PDjQsyB8p0aUB/MXX7Hf3MQAJ00CPu89MxPXViEbbPOL2d3qcvG3msBgJGYCKE zYdo50Gm2/Kt+HuuvbYFK/vGtemHBZLqjosrpD7x4lkcoHAXm4916zRcc+H02Ck5wHdqN3jRzsHJvX7qeSn5 X4NQ9Ss6nyoeF71Mbr28kpXAYIgxkVFt1RFmgecqrntMeb/t8Z5lyDIN6wkyG95kwWdLT5NyI5uNtL4zB2F4 qjR+NA==	
	Datum/Zeit	2016-02-09T09:30:49+01:00
	Aussteller-Zertifikat	CN=a-sign-corporate-light-02,OU=a-sign-corporate-light-02,O=A-Trust Ges. f. Sicherheitssysteme im elektr. Datenverkehr GmbH,C=AT
	Serien-Nr.	1710479
	Parameter	etsi-bka-moa-1.0
Prüfinformation	Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur finden Sie unter: https://www.signaturpruefung.gv.at . Eine Verifizierung des Ausdruckes kann bei der ausstellenden Behörde/Dienststelle erfolgen.	
Hinweis	Dieses Dokument wurde amtssigniert.	